

Verfahrensfragen und die Ernennung der Richter für die Übergangsjustiz sind in letzter Zeit Streitpunkte in der politischen Debatte geworden. So hat die Vorsitzende der kolumbianischen Grünen vorgeschlagen, die FARC-Spitze solle erst dann zur Kandidatur für politische Ämter zugelassen werden, nachdem sie den Urteilen der Übergangsjustiz nachgekommen ist, etwa durch Begleichung von Geldstrafen.

Für SEMANA erklärt Gastkommentator Jairo Gómez die Gründe für die Aufregtheit:

Warum fürchten sie die Übergangsjustiz? (03.10.2017)

Ohne Hintergedanken muss man die in Havanna vereinbarte Übergangsjustiz als Novum mit universellen Eigenschaften bezeichnen, womit vor allem die Opfer anerkannt werden sollen und das auch bei anderen Konflikten auf der Welt angewandt werden könnte.

Die Schaffung einer Architektur, in welche die Spezielle Justiz für den Frieden (JEP) eingebaut werden sollte, nahm die Verhandlungsparteien Regierung und FARC mehr als 1 ½ Jahre in Anspruch, wobei man alle möglichen Rechtsschulen der Welt konsultierte und auch die Urteile des Musterfalles der Kriegsverbrecherprozesse von Nürnberg nach dem 2. Weltkrieg analysierte, um mit Sicherheit zu vermeiden, dass die JEP zum Symbol für Straflosigkeit würde. Den Unterhändlern war klar: Es handelte sich um eine politische Verhandlung, jedoch ohne sich lustig zu machen über das Recht der Opfer, die Wahrheit zu erfahren.

Dies vorausgeschickt, war es notwendig klarzustellen, dass der Konflikt nicht nur von einer Seite (der Guerrilla) ausging, sondern dass hinter diesem Konflikt von fünf Jahrzehnten auch Protagonisten standen wie staatliche Amtsträger und bestimmte traditionelle politische und wirtschaftliche Kasten, verbandelt mit dem Drogengeschäft, und dass als Ergebnis dieses Bündnisses der bewaffnete Kampf befördert wurde und in der Entartung des Paramilitarismus gipfelte.

Es war kein leichter Weg zur Konzipierung der JEP, und für sie Regelungen zu schaffen ist unerlässlich trotz der systematischen Propaganda zu ihrer Herabwürdigung durch einige Parteien in Begleitung der Staatsanwaltschaft. Zum Beispiel möchte die Partei Cambio Radical(CR), heute Anhängsel des Demokratischen Zentrums(=Partei von Expräsident Uribe, A.d.Ü.) das Thema JEP angesichts der Wahlen 2018 politisieren. Staatsanwalt Néstor Humberto Martínez, der politisch aus der Partei des früheren Vizepräsidenten Vargas Lleras stammt, mischt sich in die Debatte ein, um Hindernisse für den Übergangsmechanismus aufzubauen und argumentiert, es gebe Inkohärenzen, mit dem Ziel, die JEP zu torpedieren, die das Friedensabkommen konsolidieren soll.

Wenn man die Bildung der JEP und die gewählten Richter in Frage stellt, dann verbirgt man die wahren Motive, wegen deren die Mitglieder der CR nicht an der Abstimmung über das Gesetz für das Statut der JEP teilnahmen; der wahre Grund ist die peinliche Verantwortung, die jenen zufällt, die am Konflikt als „Dritte“ beteiligt waren, also diejenigen, die die von ihren bequemen Wohnungen, luxuriösen Büros und protzigen Landgütern aus jahrzehntelang den Krieg in Kolumbien finanzierten.

Der Staatsanwalt, gefangen in einem Spiegelkabinett und bedrängt durch Skandale, die ihm nachhängen vergisst, dass die JEP Ergebnis einer politischen Übereinkunft ist zwischen der Regierung von Präsident Santos als Repräsentant des kolumbianischen Staates mit der FARC, und er gibt vor, diese Übereinkunft modifizieren zu wollen, indem er von seiner Behörde aus sich Ermittlungskompetenzen anmaßt, die ihm nicht zustehen, und damit sät er viele Zweifel. Nun hat sich zum Panorama der Angriffe auf das Friedensabkommen seit vergangener Woche auch der Botschafter USA in Kolumbien Kevin Whitaker gesellt.

In einem Interview, das er bereitwillig der Tageszeitung EL TIEMPO gab, zog er die Gültigkeit des Abkommens in Zweifel wegen einiger vermuteter Verstöße der FARC gegen Kapitel 4 der Verhandlungsagenda, das sich mit dem illegalen Drogenanbau befasst. Das führt zu der Vermutung, und

ich sage das mit allem Respekt, dass der Diplomat das Abkommen in diesem Punkt nicht gelesen hat, denn es enthält keinerlei Verpflichtung der Guerrilla, Strohmannen zu entlarven oder Vertriebsrouten für Drogen anzugeben. Aber zugleich trägt er Zank in die Friedensdebatte, indem er das Fantasma der Auslieferung ins Spiel bringt. Ist das eine Drohung? Oder ist es eine subtile Rückerinnerung?

Ich erinnere Herrn Botschafter Whitaker daran, dass eine der berühmtesten Firmen seines Landes, das Bergbauunternehmen Drummond, eine wichtige Rolle in dem Konflikt spielte, wobei sein Beitrag darin bestand, eine paramilitärische Gruppe im Departement Cesar zu gründen und zu finanzieren, genannt Frente Juan Andrés Álvarez der Vereinigten Paramilitärischen Kräfte AUC, die kommandiert wurde von „Tolemaida“ (sitzt heute in Barranquilla im Gefängnis) unter dem Oberkommando von „Jorge 40“, der unter der Regierung Uribe an die USA ausgeliefert wurde. All dies sage nicht ich, sondern es geht aus einer Untersuchung der NGO Pax Christi Niederlande hervor, in der mehrere Zeugenaussagen wiedergegeben werden.

Das Unternehmen sollte vor der Übergangsjustiz erscheinen (Verantwortung Dritter!), wie es auch Guerrilleros und staatliche Amtsträger müssen, darunter auch General a.D. Rito Alejo del Río, bekannt als „Befrieder von Urabá“, der sich dafür entschied, sich mit den Prinzipien der Übergangsjustiz abzufinden. Wie gesagt gibt es die JEP wegen der Opfer und für die Opfer, die es verdienen, die Wahrheit zu erfahren. Und als letzte Frage: Warum fürchtet man die Übergangsjustiz?